

Die Finanz- und Wirtschaftskrise und die Soziale Marktwirtschaft

Ein Impulspapier
10 Thesen

1. Die Finanz- und Wirtschaftskrise offenbart viele der bisherigen wirtschaftspolitischen „Gewissheiten“ als falsche Ideologie ...

- Der Markt hat sich keinesfalls als unfehlbar - wie oft behauptet - erwiesen. Gerade die Finanzkrise zeigt, wie riskant unregulierter Wettbewerb ist.
- Der Gegenspieler zum Markt, der Staat, ist viel nötiger, als in den vergangenen Jahren immer dargestellt.
- Die Sparpolitik der vergangenen Jahre, ja Jahrzehnte, war offenkundig kein Teil der Lösung unserer gesellschaftlichen Nöte. Sie war und wurde das Problem, weil sie die gesamtgesellschaftliche Nachfrage abdrosselte.
- Der sich immer „alternativloser“ darstellende „Zwang zu Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung“ (TINA – There is no alternative) konnte nicht optimalen Wohlstandsgewinn für alle, sondern nur für eine sehr kleine Schicht generieren.
- Die Sachzwanglogik des freien Marktes hat das versprochene Wachstum nicht gebracht, sondern hat die Arbeitslosigkeit erhöht.
- Der Verzicht auf eine aktive Arbeitsmarktpolitik hat die Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt in keiner Weise beseitigt.
- Der Wechsel von der nachfrageorientierten¹ zur angebotsorientierten² Wirtschaftspolitik hat sich als Irrweg erwiesen.
- Der Verzicht, das Ziel des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts³ zu verfolgen, hat nationale und internationale Verwerfungen verstärkt und ist Ursache für den immer stärker aufkommenden „Terrorismus“, Migration aber auch Rechtsextremismus.
- Die einseitige Exportorientierung der Bundesregierungen zulasten der Stärkung der Binnennachfrage war für das Gros der Inlands- und auch der Weltbevölkerung von großem Nachteil.
- Die diversen „Modernisierungen“ – Privatisierungen, Umbauten des Sozialstaates bis hin zur bayerischen Forstreform - zeigen sich als gesamtwirtschaftlich nicht rational. Der Abbau des Sozialstaates ist im Ergebnis ein großgesellschaftliches Umverteilungsprojekt von unten nach oben und schafft sozialunverträgliche Asymmetrien.
- Der private Reichtum von heute schafft keineswegs automatisch die Arbeitsplätze von morgen.

¹ Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik setzt entlang der Einsicht Henry Fords „Autos kaufen keine Autos“ auf die Nachfrageseite und zielt auf entsprechend hohe Einkommen der ArbeitnehmerInnen. Denn Löhne sind für die Wirtschaft nicht nur Kosten, sondern zugleich Einnahmen. Schon Kurt Tucholsky verwies 1930 im Gedicht „Die freie Wirtschaft“ auf den Zusammenhang zwischen Niedriglöhnen und Wirtschaftsflaute: „Ihr habt durch Entlassung und Lohnabzug sacht, eure eigene Kundschaft kaputt gemacht“ (http://www.ej-oberfranken.de/downloads/positionen/Wer_die_Gschichte_vergisst.pdf).

² „Jedes Angebot schafft sich seine Nachfrage von selbst“ lautet der dem Lehrsatz des Klassikers Jean-Baptiste Say (1767 – 1832). Entsprechend müssen die Bedingungen, unter denen Waren und Dienstleistungen hergestellt werden erleichtert werden. Die geschieht durch den Abbau von Schutzvorschriften für Arbeitnehmer (Deregulierung), Ausweitung der Produktionsmöglichkeiten (Nachtarbeit, Sonntagsschutz ..), durch steuerliche Entlastung der Angebotsseite (Unternehmen), durch Lohnsenkungsstrategien, Ermöglichung von „hire and fire“ ...

³ Gleichzeitige Verfolgung von 4 Zielen. Wobei oft das eine zulasten des anderen geschieht: Hoher Beschäftigungsstand, Wachstum, Geldstabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht.

- Die Senkung der Staatsquote hat zwar öffentliche Armut, nicht aber die versprochenen Arbeitsplätze gebracht.
- Die Hinnahme von immer mehr Armut – von der offiziellen Politik zunächst über Jahre bestritten – zeigt sich letztlich auch für den wohlhabenden Teil unserer Bevölkerung hochriskant: Armut – und noch mehr: Angst vor kommender Armut steigt – steigert den gesellschaftlichen Gewaltpegel, fördert Rechtsextremismus, erhöht die Sicherheitskosten
....
- Sozial ist nicht per se was Arbeit schafft. Aber sozial und zugleich ökonomisch rational sind die demokratischen Grundwerte, besonders die Verwirklichung der Grund- und Menschenrechte.
-

2. Angesichts der Finanzkrise zweifeln immer mehr Menschen an der Sozialen Gerechtigkeit in unserem Land. Sie fragen „Was ist das „Soziale“ an unserer Marktwirtschaft?“ Was ist „Soziale Marktwirtschaft?“

Aufgrund der Verwerfungen an den Finanzmärkten hat die bayerische Staatsregierung eine Expertenkommission eingerichtet, die am 14.07.09 ihren bemerkenswerten Abschlussbericht vorgelegt hat.

(<http://www.bayern.de/Anlage10257245/AbschlussberichtderKommission„ZukunftSozialeMarktwirtschaft“.pdf>)

Und auch der Wirtschaftsrat der CDU hat das Thema aufgegriffen.

(http://www.wirtschaftsrat.de/data/ag_soziale_marktwirtschaft_und_ethik/10_manager_gebote.pdf)

Was heute neu erarbeitet werden muss, schien zu Konrad Adenauers Zeiten noch klar.

„ ... Die „soziale Marktwirtschaft“ steht auch im Gegensatz zur so genannten „freien Wirtschaft“ liberalistischer Prägung. Um einen Rückfall in die „freie Wirtschaft“ zu vermeiden ist (...) die unabhängige Monopolkontrolle nötig. (...) Die soziale Marktwirtschaft bejaht (...) die planvolle Beeinflussung mit den organischen Mitteln einer umfassenden Wirtschaftspolitik (...). Diese führt in einer sinnvollen Kombination von Geld- und Kredit-, Handels- und Zoll-, Steuer-, Investitions- und Sozialpolitik sowie anderen Maßnahmen dazu, dass die Wirtschaft in Erfüllung ihrer letzten Zielsetzung der Wohlfahrt und der Bedarfsdeckung des ganzen Volkes dient.“⁴

Nach dieser Begriffsbestimmung ist der Kern der Sozialen Marktwirtschaft eine „umfassende Wirtschaftspolitik“ – selbstverständlich einschließlich dessen, was heute Finanzpolitik genannt wird - die vom Staat planvoll und mit den richtigen Mitteln gesteuert wird.

Auch der Verfassungsgeber der bayerischen Verfassung vom 02.12.1946 hatte eine klare und konkrete Vision von einer Marktwirtschaft, die den Zusatz „sozial“ verdient. Die bayerische Verfassung nimmt die Produktionsfaktoren – Arbeit, Boden und Kapital – besonders in Blick und

- schützt **Arbeit** vor Ausbeutung (Art. 167) und konkretisiert diesen Schutz durch die Mitbestimmung in allen Unternehmen (Art. 175) und die Garantie der gewerkschaftlichen Betätigung (Art 170). Sie sichert angemessene Entlohnung (Art 168) und Ausbildung (Art 166), ggfs Mindestlöhne, die auch für die ganze Familie auskömmlich sind (Art. 169).
- stellt **Boden** im Grundsatz unter die Aufsicht des Staates (Art. 160 und 161) und begrenzt den ungerechtfertigten Profit aus der Steigerung des Bodenwertes (Art. 161 III).
- begrenzt **Kapital** und wirtschaftliche Macht durch Erbschaftssteuern (123 III), durch Sondersteuern für arbeitsloses Einkommen (Art. 168 II) und das Verbot von Monopolen, Kartellen und Konzernen (Art. 156). Sie stellt Kapitalbildung unter den Vorbehalt, dass es der Entfaltung der Volkswirtschaft diene und entzieht allem Eigentum bei offensichtlichem Missbrauch den Rechtsschutz (Art. 157).

Die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bayerischen Verfassung möchte eine “möglichst gleichmäßige Befriedigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse aller

⁴ Broschüre der CDU/CSU vom Juli 1949, entnommen Konrad Adenauer, „Erinnerungen1945-1953“ (Adenauer 1965, S211 f).

Bewohner“ (Art. 155), gewährt ihnen allen Schutz gegen die „Wechselfälle des Lebens“ und verpflichtet alle, die zum Freistaat Bayern in einem besonderen Treueverhältnis stehen (Mitglieder der Staatsregierung [Art. 56] und Beamte [Art. 187]), einen Eid auf diese Verfassung zu leisten.

Die konkrete Ausformung der Sozialen Marktwirtschaft mit ihren Ideen des „Wohlstand für alle“ (Ludwig Erhard, 1957) und „Mehr Demokratie wagen“ (Willy Brandt, 1969) erfolgte in der Bundesrepublik bis etwa Ende der 70er Jahre .

Gemeinsamkeiten eines parteiübergreifenden Konsens „Wir sind alle Keynesianer“⁵ waren besonders:

- Ein soziales Netz nach dem Subsidiaritätssystem, das vor einem allzu tiefen Abstieg schützt und das Benachteiligte in besonderer Weise fördert.
- Eine Regulierung der Gesellschaft mit Ladenschluss, Arbeitsschutz, Normalarbeitsverhältnissen
- Ein solidarisches und paritätisch und nach Leistungsvermögen finanziertes Gesundheitssystem mit streng regulierten und quantitativ unbedeutenden Privatversicherungen. Der Vorschlag von Kopfpauschalen war undenkbar.
- Ein armutsfestes und solidarisches Rentensystem.
- Die Absicherung gegen Arbeitslosigkeit, auch mit der vorgelagerten Strategie der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mittels aktiver Arbeitsmarktpolitik.
- Begrenzung des Reichtums und der wirtschaftlichen Macht – gesteuert durch Steuern.
- Das Primat der Politik – besonders verwirklicht durch eine regulierte internationale Finanzarchitektur mit Kapitalverkehrskontrollen.
- Ein System der staatlichen Daseinsvorsorge und der Bereitstellung öffentlicher Güter mit einer Unterscheidung von sachzielorientierten⁶ und formalzielorientierten⁷ Unternehmungen.
- Konkurrenzprinzip dort, wo sinnvoll. Besonders zwischen Körperschaften und Staaten hatte das Kooperationsprinzip Vorrang.
- Verwirklichung des demokratischen Gedankens in allen Sektoren der Gesellschaft. Im Bereich der Arbeitswelt besonders durch die Mitbestimmung und die Koalitionsfreiheit.
- ...

3. Die soziale Marktwirtschaft ist eine Antwort auf die vielfachen Krisen der freien Marktwirtschaft⁸ mit ihrer klassisch- neoklassischen Lehre⁹.

Die Soziale Marktwirtschaft wurde wesentlich von Gewerkschaften erkämpft und erlangte durch die katholische Soziallehre und die evang. Sozialethik auch im Raum der Kirchen große Anerkennung. Sie ist heute untrennbar verbunden mit dem republikanischen Demokratiebegriff¹⁰.

Der wesentliche Durchbruch gelang unter dem Eindruck des 2. Weltkriegs, seiner wirtschaftspolitischen Ursachen und des Keynesianismus nach 1945. Die soziale Marktwirtschaft setzte sich in allen industrialisierten westlichen Ländern durch, erhielt jedoch sehr unterschiedliche Ausprägungen.

⁵ Das Wort wird Richard Nixon zugeschrieben, der es Anfang der 70er Jahre gesagt haben soll.

⁶ Sachziele am Beispiel öffentlicher Nahverkehr: sicher, sauber, schnell, kostengünstig, komfortabel.

⁷ ausschließlich gewinnzielorientiert.

⁸ vom Aufstand der schlesischen Weber 1844 bis zur Wirtschaftspolitik des Weimarer Kanzlers Brüning, der mit seiner – angebotsorientierten - Wirtschaftspolitik entscheidend den Aufstieg der NSDAP begünstigte.

⁹ Der, in diesem Text bevorzugte Begriff der „klassisch- neoklassischen Lehre“ darf nicht als durchgängige und ein für alle mal feststehende wirtschaftswissenschaftliche Theorie (miss-) verstanden werden. Nach 1945 hat sie zahlreiche keynesianische Kerngedanken aufgenommen – und nach 1973 Zug um Zug wieder über Bord geworfen.

¹⁰ Einheitlichkeit von Rechtsprinzip, Sozialprinzip und Demokratieprinzip – analog Art. 20 GG (Schachtschneider, Prinzipien des Rechtsstaats, S 47; Andere Bestimmungen (die sich nicht ausschließen) sehen in der Republik eine Staatsform, die sich an Gemeinwesen und Gemeinwohl orientiert (Wikipedia).

4. Nur bei oberflächlicher Betrachtung ist die „soziale Marktwirtschaft“ lediglich eine sozial regulierte „freie Marktwirtschaft“. Vielmehr unterscheidet sie sich in allen Werturteilen. Zu Ende betrachtet ist die Finanz- und Wirtschaftskrise in Wahrheit eine moralische Krise.

Auf der Seite <http://www.sozialemarktwirtschaft.bayern.de/> schreibt der bayerische Ministerpräsident H. Seehofer:

„Dass rücksichtsloser Egoismus in moralischer Hinsicht falsch ist, wussten wir schon. Jetzt wissen wir, dass er auch in wirtschaftlicher Hinsicht falsch ist.“ Diese Worte klingen nach einem Fazit der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise. Gesagt hat sie US-Präsident Franklin D. Roosevelt nach der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren.’

Unausgesprochen nimmt H. Seehofer damit Stellung zu einem zentralen Lehrsatz der Klassiker (und auch der neoklassischen Schule):

„Nicht vom Wohlwollen des Fleischers, Brauers oder Bäckers erwarten wir unsere Mahlzeit, sondern von ihrer Bedachtnahme auf Ihr eigenes Interesse. Wir wenden uns nicht an ihre Humanität, sondern an ihren Egoismus, und sprechen nicht von unseren Bedürfnissen, sondern von ihren Vorteilen. ...“¹¹

Aus dieser Wertentscheidung entspringt ein individualistisches Menschenbild nach dem Motto „Wenn jeder an sich denkt – ist an alle gedacht“ oder „There is no such thing as society“ (M. Thatcher). Menschen brauchen demnach keine Gemeinschaft/Gesellschaft. Erinnerungen an das Konzept des „rugged individualism“¹² des US-Präsidenten Herbert Hoover¹³, der Amerika in die Große Depression führte werden wach.

In dieser Philosophie wird dem Staat¹⁴ in höchstem Maße misstraut: „Der Staat ist nicht die Lösung des Problems, der Staat ist das Problem“ (R. Reagan).

Einer der bedeutenden klassischen Ökonomen goss diese Einschätzung in diese Worte: „Der Staatsapparat ist ein Zwangs- und Unterdrückungsapparat. Das Wesen der Staatstätigkeit ist, Menschen durch Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung zu zwingen, sich anders zu verhalten, als sie sich aus freiem Antriebe verhalten würden.“ [Ludwig von Mises (1881-1973)]. Und ein anderer Klassiker meinte: „Der Liberalismus sieht die Hauptaufgabe in der Beschränkung der Zwangsgewalt jeder Regierung, sei sie demokratisch oder nicht; der dogmatische Demokrat dagegen kennt nur eine Beschränkung der Staatsgewalt und das ist die Meinung der jeweiligen Majorität.“ [Friedrich August von Hayek (1899-1992)]. Hayek fährt an anderer Stelle fort: „Der Ausdruck „soziale Gerechtigkeit“ gehört nicht in die Kategorie des Irrtums, sondern in die des Unsinnns wie der Ausdruck „ein moralischer Stein““¹⁵.

Um das „Monster“, das sich Staat nennt auszuhungern, entwickelte Ronald Reagan nach 1981 das Wirtschaftsprogramm des „Starving the beast“.¹⁶

Je mehr die Staaten schrumpften, umso größer wurden einige Unternehmen. Insbesondere die Banken und Versicherungen. Bis das Stadium des „too big to fail“¹⁷

¹¹ Adam Smith, Wohlstand der Nationen 1776.

Anmerkung: Auch wenn das Werk als „Bibel der Liberalen“ gilt – Smith hat auch viele andere und sehr richtige Sätze geschrieben! Wir lesen bei ihm u.a.: „Das Interesse der Kaufleute aller Branchen in Handel und Gewerbe weicht aber in mancher Hinsicht stets vom öffentlichen ab, gelegentlich steht es ihm aber auch entgegen (...). Jedem Vorschlag zu einem neuen Gesetz oder einer neuen Regelung über den Handel, der von ihnen (den Kaufleuten) kommt, sollte man immer mit großer Vorsicht begegnen. Man sollte ihn auch niemals übernehmen, ohne ihn vorher gründlich und sorgfältig, ja sogar mißtrauisch und argwöhnisch geprüft zu haben. Denn er stammt von einer Gruppe von Menschen, deren Interesse niemals dem öffentlichen Wohl genau entspricht, und die in der Regel vielmehr daran interessiert sind, die Allgemeinheit zu täuschen, ja sogar zu mißbrauchen“.

(Adam Smith, Der Wohlstand der Nationen, Deutscher Taschenbuchverlag, 7. Aufl. 1996, S. 213)

¹² Rauer, knorriger, robuster oder krasser Individualismus

¹³ 31. Präsident der Vereinigten Staaten vom 04.03.1929 bis 03.03.1933

¹⁴ dessen mögliches Versagen, ja dessen potentielle Gefährlichkeit nicht bestreitbar ist – wie die Geschichte weiß

¹⁵ Hayek, Recht, Gesetzgebung und Freiheit, 1980, 112

¹⁶ Das Konzept ist schnell erklärt: Man erhöhe die Staatsausgaben („Star Wars“, Strategic Defense Initiative (SDI; dt.: Strategische Verteidigungsinitiative)) und senke die Staatseinnahmen (Steuererleichterungen für Millionäre) Sodann stelle man nach Ablauf einer Zeitperiode fest: hohe staatliche Finanzdefizite auf die man reagieren muss. Am Besten durch staatliches Sparen, Einschnitte ins soziale Netz

¹⁷ zu groß, um pleite zu gehen

jene Situation des „Moral Hazard“¹⁸ induzierte, in der es rational ist, sich unmoralisch zu verhalten. Denn, der Gewinn bleibt immer privat – existenzbedrohende Verluste werden dagegen sozialisiert. Vor dem Hintergrund dieses sich nun als „modern“ und „zukunfts-fähig“ aufschwingenden neuen Paradigma krochen Leitbilder wie „Gier ist gut“ oder „Geiz ist geil“ in fast jeden Winkel der Gesellschaft.

5. Die Frage nach „Moral und gesellschaftlichen Werten“ ist keine subjektiv - höchstpersönliche Frage, sie ist wesentlich eine Frage nach der Ausrichtung unserer Demokratie. Die „Finanzkrise“ sollte zu einer breiten und öffentlichen Diskussion der Frage führen: Welche Demokratie wollen oder haben wir eigentlich?

Es stehen sich zwei demokratietheoretische Konzeptionen schroff gegenüber, die in allen philosophisch-ethischen Grundannahmen unvereinbar sind.

- Die „moderne“ Sicht von Demokratie rückt vor allem das Mehrheitsprinzip (Wahlen) in den Vordergrund. Republikanische Demokratie meint aber (ohne auf das Mehrheitsprinzip verzichten zu können), die Verwirklichung der Freiheit aller durch Gleichheit und Solidarität.
- Freiheit im „modernen“ Sinn fordert Freiheit von staatlichen Zwängen durch Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung. Sie stellt damit den republikanischen Freiheitsbegriff auf den Kopf, den Jean Jacques Rousseau (1712 – 1778) auf diesen Begriff brachte: „Zwischen dem Starken und dem Schwachen ist es die Freiheit, die unterdrückt, und das Gesetz, das befreit.“
- „Die Frage heißt Freiheit oder Gleichheit. Und die klassische Antwort unserer Moralapostel ist: Ach, beides“.¹⁹ Demgegenüber steht die republikanische Auffassung: „Wer Freiheit ohne Gleichheit fordert, der will einen neuen Feudalismus“²⁰.
- In der „modernen“ Sichtweise ist die gewerkschaftliche Strategie der Solidarität nichts anderes als eine Lohnerpressungsstrategie: Sie hemmt die Effizienz und hält die Menschen davon ab, sich selbst zu helfen. Konkurrenz entspricht –nach deren Auffassung - dem Wesen des Menschen weit mehr. Schließlich führe das Konkurrenzprinzip zu einem höheren Wohlstandsniveau für alle. Demgegenüber erinnern Republikaner (hier klassisch gemeint als Anhänger der Staatsform der Republik) daran, dass der Mensch von Beginn an und für sein ganzes Leben auf Solidarität angewiesen ist und nicht die absolute Konkurrenz sondern in vielen Fällen²¹ Kooperation zielführend sei.
- ...

Mit der gescheiterten Finanzpolitik ist zugleich unser heutiges „modernes“ Demokratiemodell infrage gestellt. Da es sich immer weniger dem Gleichheitsgrundsatz des Artikel 3 GG oder den sozialstaatlichen Vorgaben (Art. 14, Art. 20 GG) verpflichtet sieht, begegnen der „Demokratie“ immer mehr BürgerInnen mit immer mehr Skepsis.

Ludwig Erhard, Anfang der 50er Jahre: „Das soziale und demokratische Element unserer Wirtschaftsordnung findet seine Verwirklichung in der Verteilungsgerechtigkeit. Denn die Demokratie ist noch niemals durch mächtige Organisationen vor dem Verfall bewahrt worden. Sie wird nur solange bestehen, als sie von den Menschen mitgetragen wird.“

6. Mitursächlich für den Irrweg, der in die „Finanzkrise“ führte, war die Annahme, dass die verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren nebeneinander ihr

¹⁸ „moralisches Wagnis“, Bezeichnung für eine Situation, in der man vor Verlusten abgesichert ist und sich deshalb unachtsam, unmoralisch, rücksichtslos oder hochriskant verhält

¹⁹ Hans- Olaf Henkel im „mobil – was uns bewegt“- Magazin der Deutschen Bundesbahn, 07/2001

²⁰ Sozialrichter Jürgen Borchert

²¹ Dies betrifft besonders die Kooperation zwischen den Staaten, Sachverhalte, bei denen natürliche Monopole vorliegen, den Sozialsektor und den Bereich der Daseinsvorsorge

Eigenleben führen und nach eigenen Gesetzmäßigkeiten funktionieren. Doch ökonomische Logiken sind offenbar alles übergreifende Denk- und Wertesysteme, die in alle anderen gesellschaftlichen Sektoren hineinwirken.

Ludwig Erhard folgerte daher 1962:

„... jeder Bürger unseres Staates muss um die wirtschaftlichen Zusammenhänge wissen und zu einem Urteil befähigt sein, denn es handelt sich hier um Fragen unserer politischen Ordnung, deren Stabilität zu sichern uns aufgegeben ist.“

Denselben Sachverhalt schildert J.M. Keynes in folgenden Worten: „

„Die Ideen der Nationalökonomien und Philosophen wirken stärker, als allgemein angenommen wird. Und zwar sowohl wenn sie recht haben, als auch wenn sie irren. Tatsächlich wird die Welt nur von wenig anderem regiert“²².

Keynes schärfster Gegner, Hayek, meinte dazu, „er sei nicht oft einer Meinung gewesen“, aber Keynes habe „niemals etwas wahreres gesagt“ als dies²³.

Als eine Folgerung aus der „Finanzkrise“ ist daher verstärkt darauf hinzuweisen, wie alles mit allem zusammenhängt.

Von der Politik sind für alle Gesetzesvorhaben Folgenabschätzungen für alle Sektoren und entsprechende Überprüfungen zu fordern.

Nachfolgend soll diese These des „Primats der Ökonomie“ an den Themen „Bildung – Arbeit – Armut“ entsprechend exemplifiziert werden.

6.1. Bildung – Wer die Bildungsreserven optimal und gerecht fördern will, darf nicht einseitig auf Marktprozesse setzen. Bildung ist ein unaufgebbares Grundrecht für alle und als öffentliches Gut vom Staat bereitzustellen.

Seit Jahren setzt sich die Einschätzung durch, dass nicht nur die klassischen drei Produktionsfaktoren die Produktionsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft bestimmen, sondern dass „Bildung“ zusätzlich als eigenständiger vierter Produktionsfaktor gesehen werden muss. Damit ist „Bildung“ als knappes und wertvolles Gut von Staat und Gesellschaft besonders zu fördern und zu schützen.

Die Realität ist eine andere.

G8, Studiengebühren, „Wachstumsmarkt Paukstudio“, die Gleichstellung gemeinwohlorientierter freier Verbände mit formalzielorientierten²⁴ Unternehmungen bei den Trägerschaften von Kindertagesstätten, Sponsoring (etwa „Aldi- Hörsäle“), die sog. „Exzellenzinitiative“, die Einführung von Bachelor- Studiengängen, der Bologna-Prozess, der Einzug von Qualitätsmanagement-, Benchmarking-, Controlling- und Ranking- Instrumenten in den Bildungsbereich, Übertragungsstrategien von Bildungsinstitutionen an kommerzielle Einrichtungen durch das General Agreement on Trade in Services (GATS) oder durch die Europäische Dienstleistungsrichtlinie... . Die Kampfansage an die Soziale Marktwirtschaft des „mehr Markt und weniger Staat“ hat tausende von

²² Das ganze Zitat im Zusammenhang und Original: „... the ideas of economists and political philosophers, both when they are right and when they are wrong, are more powerful than is commonly understood. Indeed the world is ruled by little else. Practical men, who believe themselves to be quite exempt from any intellectual influences, are usually the slaves of some defunct economist. ... it is ideas, not vested interests, which are dangerous for good or evil.“ (John Maynard Keynes).

²³ DIE ZEIT, 07.08.08, W. Köhler, Die Mission des Liberalismus

²⁴ Also ausschließlich gewinnzielorientierte Unternehmen

unterschiedlichen Varianten. Sie begann mit der faktischen Abschaffung des Schüler-BaFöG im Frühjahr 1983 und der ihr folgenden Umstellung des Studenten-BaFöG auf Darlehen. Und sie ist längst nicht beendet: In den Schubläden der Thinktanks - von der Bertelsmannstiftung über den selbsternannten „Aktionsrat Bildung“ der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft bis zu dessen Initiative „Bildung neu denken“ – gibt es Vorschläge wie die, der Vorverlegung der Einschulung, der Verkürzung der Schulzeit, der Einführung von Schulgeld

Die ökonomische Verwertungslogik ist längst in den Bildungssektor eingedrungen und verändert nicht nur die Bildungsinhalte und -ziele, sondern auch die Menschen. Denn unter dem Druck der Effizienz gilt ehrenamtliches Engagement, der Besuch von Bildungs- oder Kulturveranstaltungen oder die Pflege von freundschaftlichen, verwandtschaftlichen oder nachbarschaftlichen Beziehungen als Luxus.

Eine wichtige Annahme der Volkswirtschaftslehre wird Wirklichkeit: Nach ihr handeln Menschen „ökonomisch rational“. D.h., sie versuchen in all ihrem Handeln ihren Nutzen zu maximieren. Ehrenamtliches Engagement, politischer Widerstand gegen Diktatoren, uneigennütziges Zivilcourage ... alles dies lässt sich mit dieser Annahme über das Wesen des Menschen nicht erklären und gilt als „ökonomisch irrational“.

Der Rahmen, in dem Bildung erfolgt, wird heute so gestaltet, dass am Ende nicht der solidarische, altruistische, empathische, umfassend gebildete Mensch steht, sondern der durchsetzungsfähige, effiziente, gegenüber der Gemeinschaft rücksichtslose. Die vorausgesetzten Annahmen über Menschenbild und Werte erfüllen sich selbst.

Tatsächlich wird Deutschland seit jener geistig-moralischen Wende von 1982 (das Jahr gilt als besonders wichtiger Zeitpunkt für die Transformation von der Logik der sozialen Marktwirtschaft hin zu der der freien Marktwirtschaft) „immer dümmere“²⁵.

An der Verkümmern des Bildungsauftrags der Medien hätte man voraussehen können, wie die Ökonomisierung der Bildung letztlich ihre Inhalte verändert, die Gesellschaft spaltet und ihrem Menschenbild des homo oeconomicus zum Durchbruch verhilft.

Mitte der 80er Jahre wurde in der Bundesrepublik die Medienlandschaft liberalisiert. Seither findet ein nicht enden wollende Senkung des Niveaus statt, da auch die öffentlich-rechtlichen Programme unter das Diktat der Quote gezwungen werden.

Aus gutem Grund setzt das Grundgesetz in Art. 7 IV der Privatisierung der Bildung²⁶ strenge Grenzen und betont ausdrücklich das verfassungsmäßige Ziel der Verwirklichung der „Gleichheit aller“:

„Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet (...). Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird“.

Wohl aus Rechtstreue zu diesem Grundsatz hat die Bundesrepublik den Internationalen Pakt über die „wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte“ 1976 unterzeichnet und sich damit verpflichtet, zur Realisierung des Rechtes auf Bildung, die Unentgeltlichkeit des Hochschulunterrichts allmählich einzuführen.

Bildung ist ein zentraler Baustein für die Verwirklichung des republikanischen Zieles der „Gleichheit aller“ als entscheidende Voraussetzung für die „Freiheit aller“. Denn „Gleichheit“ erfordert neben äußeren Bedingungen wie der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in allen Regionen etc. auch innere Bedingungen wie die der optimalen Förderung aller.

²⁵ so Christoph Ehmann in der taz vom 19.08.2004 (<http://www.taz.de/pt/2004/08/18/a0214.nf/text>)

²⁶ Es ist streng zu unterscheiden zwischen einer „Privatisierung“ im Sinne einer Aufgabenübertragung entlang dem Subsidiaritätsprinzip (nach dem Sachzielprinzip) und einer Kommerzialisierung (Übertragung einer Bildungsaufgabe an einen gewinnzielorientierten Marktteilnehmer)

Der freie, unregulierte Markt verteilt Gewinne und Verluste nach seiner Art: Bei ungleichen Startbedingungen vervielfacht er die Gewinne der Starken zulasten derjenigen, die schon beim Start Nachteile hatten.

Für den Bildungssektor bleibt festzuhalten, dass nicht nur „Bildung vererbt“ wird, sondern dass sich die Schere der besonders schlecht und der besonders gut Gebildeten weiter öffnet. Ein immer größerer Teil der jungen Generation kann den Status der Eltern nicht halten²⁷.

6.2. Arbeit – Das Konzept der freien Marktwirtschaft schafft weder Wachstum noch Arbeit

Im klassisch- neoklassischen Modell ist der Arbeitsmarkt ein Markt wie jeder andere. Steigt der Preis für Arbeit (die Löhne), sinkt die Nachfrage nach Arbeitskräften – und umgekehrt. Eine wesentliche Ursache für die Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt seien daher überhöhte Löhne.

Übersehen wird, dass der Unternehmer Arbeitskräfte zu jedem Preis anstellen würde, wenn sich am Ende eine angemessene Rendite einstellte. Übersehen wird auch, dass Löhne nicht nur Kosten für die einzelnen Unternehmen sind, sondern zugleich Kaufkraft und also Nachfrage bedeuten.

Arbeit ist Herz und Motor jeder Gesellschaft. Sie vermittelt Achtung, Anerkennung, Würde, Identität, Lebenssinn. Normalarbeitsverhältnisse schaffen Gemeinschaft und geben dem Einzelnen das Gefühl, „gebraucht“ zu werden, ohne dem kein Mensch sein kann.

Es gibt kaum ein Dokument, das die Arbeit so adelt, wie die Bayerische Verfassung²⁸. Aus gutem Grund, denn bei ihrer Entstehung, 1946, wusste man noch sehr genau, dass die klassische Wirtschaftslehre Hitler den Weg bereitet hatte.

Nach der Bayerischen Verfassung ist Arbeit „die Quelle des Volkswohlstandes, und steht unter dem besonderen Schutz des Staates“ (Art. 166 I). Sie „ist als wertvollstes wirtschaftliches Gut eines Volkes und gegen Ausbeutung, Betriebsgefahren und sonstige gesundheitliche Schädigung geschützt (Art 167 I). Arbeitsunfähige und Bewohnern, denen keine Arbeit vermittelt werden kann haben ein Recht auf Fürsorge (Art. 168 III). Die bayerische Verfassung sieht Mindestlöhne und die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen vor (Art 169) und garantiert die Freiheit, Gewerkschaften zu gründen (Art. 170 I). Sie begrenzt die Höchstarbeitszeit in Art. 173 (und geht damit implizit von Normalarbeitsverträgen aus) und sichert den Arbeitnehmern „ein Mitbestimmungsrecht“ „bei allen wirtschaftlichen Unternehmungen“ (Art. 175) und ein überbetriebliches Mitbestimmungsrecht (Art. 176) zu.

Arbeitslosigkeit ist eine schwere Demütigung des Menschen. Daher formuliert die Bayerische Verfassung ein Recht auf Arbeit, die auskömmlich entlohnt wird (Art. 166 II):

„Jedermann hat das Recht, sich durch Arbeit eine auskömmliche Existenz zu schaffen.“

²⁷ die Rechtsextremismusforschung sieht in dem Umstand eine wichtige Ursache für den aktuellen Rechtsextremismus unter Jugendlichen: „So stammen 75 Prozent der jungen Menschen, die in den letzten Jahren wegen rechtsradikaler Gewalttätigkeiten rechtskräftig verurteilt wurden, aus Elternhäusern, in denen sie nicht den gleichen schulischen und beruflichen Status erreicht haben...“ (Gunter A. Pilz, „Jugend, Gewalt und Rechtsextremismus: Möglichkeiten und Notwendigkeiten politischen, polizeilichen (sozial-)pädagogischen und individuellen Handelns“; Münster und Hamburg 1994, Seite 73)

²⁸ Bayerischer Verfassung, Artikel 166 ff

Welche tief greifende Verletzung der Menschenwürde von Arbeitslosigkeit ausgeht, davon zeugt die Marienthaler Studie²⁹

1929 ging im österreichischen Ort Marienthal eine Fabrik zugrunde, von der der gesamte Ort wirtschaftlich abhängig war. Eine „Marienthaler Forschergruppe“ untersuchte die Folgen für die betroffenen Menschen und den gesamten Ort. Die Ergebnisse verweisen von einer Verlangsamung der Schrittgeschwindigkeit über eine geringere Kontaktdichte bis hin zu einer verminderten Rezeption von Tageszeitungen und (kostenlosen) Leihbüchern aus der öffentlichen Bibliothek. Wer sich die Ergebnisse von Marienthal genauer ansieht, fragt nicht mehr, warum sich die Arbeitslosen nicht stärker offensiv (etwa bei den sog. Montagsdemonstrationen gegen die Hartz-Gesetze) wehren. Erzwungenes „Nichtstun“ führt nicht zum Protest auf den Straßen, sondern zur Depression. Diese kann für die Demokratie genauso gefährlich werden, etwa bei Wahlen.

Ein besonderer Anstieg der Arbeitslosenzahlen fand mit einer Vervierfachung von 1973 bis 1975 statt (von 1,2 auf 4,7%). Alle Analysen verweisen auf die damalige Ölkrise als Verursacherin. Dabei unterschlagen wird ein weiteres Großereignis, das 1973 stattfand und entscheidend mitursächlich ist: US-Präsident Nixon hatte am 15. August 1971 angekündigt, das Bretton-Woods-System im Jahre 1973 außer Kraft zu setzen. Dieses 1944 geschaffene Weltwährungssystem war eine entscheidende Voraussetzung dafür, dass sich Soziale Marktwirtschaften in den Staaten entwickeln konnten. Denn, durch die nationalstaatlichen Kapitalverkehrskontrollen konnte der Kapitalabfluss kontrolliert werden und durch die Fixierung der Wechselkurse waren bestimmte Spekulationen von vornherein nicht sinnvoll.

Ab 1973 kehrte jenes (Vorkriegs-) System zurück, das es wieder erlaubt, gegen Währungen zu spekulieren.

George Soros, der größte Nutznießer dieses Systems und größte Spekulant aller Zeiten dazu: „Wenn es jemanden wie mir gelingt, innerhalb weniger Wochen Milliarden zu verdienen, muss das System krank sein“.

Und (1998): „Der Zusammenbruch des globalen Marktes wäre ein traumatisches Ereignis mit unvorstellbaren Folgen. Und doch kann ich mir das leichter vorstellen, als eine Fortsetzung des gegenwärtigen Regimes.“³⁰

Für John Maynard Keynes handelt es sich um eine ökonomische Perversion: Er meinte in den 30ern Jahren, man solle alle Bereiche der Ökonomie internationalisieren, mit einer Ausnahme: dem Geld, weil es dann von der Produktions- und Investitionssphäre um so leichter flüchtet. Genau diese, von Keynes klar erkannte ökonomische Perversion, bildet den Kern des politisch-wirtschaftlichen Projekts der Globalisierung.

In den folgenden Jahren stieg die Arbeitslosigkeit treppenstufenförmig auf ein immer höheres Niveau. Am 9. September 1982 machte Otto Graf Lambsdorf bei einer Arbeitslosenquote von 7,5 % (ca. 1,8 Mio) - in seinem Scheidungsbrief an die sozialliberale Koalition den Vorschlag, die Arbeitslosigkeit durch eine verstärkte Wachstumspolitik³¹ zu bekämpfen. Dazu, freilich, seien „Einschnitte in das soziale Netz“ nötig. Die Idee von „Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung“ setzte sich in der Ära Kohl langsam durch und gewann unter Rot-Grün als „moderne Wirtschaftspolitik“ an Fahrt. Praktisch alle „Reformen“ wurden mit dem Versprechen durchgesetzt, Arbeit für immer mehr zu schaffen. Aber am Ende war die Zahl der Arbeitslosen tendenziell höher als vorher. Trotz mancher statistischer Beschönigungen und trotz voranschreitender Prekarisierung von Arbeit.

²⁹ Näheres unter: <http://www.sozpsy.uni-hannover.de/marienthal/> bzw. unter http://www.sozpsy.uni-hannover.de/DfA/_dokumente/ma-neurath91.PDF

³⁰ aus John Gray, Die falsche Verheißung, 1998 (engl. Fassung) bzw. 1999 (dt), S 7

³¹ „Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ <http://www.hans-tietmeyer.de/lambsdorffpapiervom9september1982i.html>

Prof. Dr. Dr. F. J. Radermacher, Systemtheoretiker, Mathematiker, Ökonom und wichtiger Promotor des Global Marshall Plans hält Wachstum für höchst wünschenswert und für die Voraussetzung für einen friedlichen Weg in die Zukunft. Er hält einen „doppelten Faktor 10“ für nötig und realistisch, d.h. eine Verzehnfachung des Weltbruttoinlandsprodukts über die nächsten 50 bis 100 Jahre. Das aber 10-fach dematerialisiert ist (d.h. Senkung des Umweltverbrauchs um den Faktor 10). Radermacher tritt für das Konzept einer weltweiten ökosozialen Marktwirtschaft³² ein, mittels der dieses Ziel erreichbar scheint. Er meint: „Der größte Erfolg der Marktradikalen war es, in fast allen Gehirnen zu verankern, dass das marktradikale Modell das größte Wachstum generieren würde. Aber das Gegenteil ist der Fall. In Wirklichkeit galt das Interesse des Systems dem Ziel, von Arm nach Reich umzuverteilen“.³³

Die tausendfachen Nebenwirkungen von Arbeitslosigkeit können hier nur angedeutet werden.

- Arbeitslosigkeit heizt, ebenso wie Angst vor Arbeitslosigkeit, Zukunftsängste massiv an, senkt die Geburtenquote und schafft ein latentes Klima der Gewalt
- Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit mittels Maßnahmen der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik – Privatisierung- Deregulierung- Liberalisierung, Mobilitäts- und Flexibilitätsdruck, Beendigung von „Normalarbeitsverhältnissen“ ... - fördert die Auflösung von traditionellen Milieus, Familien und Freundeskreisen. Sie leitet so Entwurzelungsprozesse ein, die leicht rechtsextremen Gruppen in die Hände spielen.
- Die mit der Arbeitslosigkeit verbundenen staatlichen Einnahmeausfälle leisten einer öffentlichen Sparpolitik Vorschub, die ihrerseits die sozialen Netze ausdünnen und dubiosen undemokratischen Gruppen das Terrain bereiten.
- Der daraufhin eingeleitete Staatsabbau ist kein Problem für die Starken in jeder Gesellschaft – für die Schwachen aber existenzbedrohend. Die nun aufgehende Schere zwischen Arm und Reich gefährdet letztlich die Demokratie.
- ...

6.3. Armut – Der freie Markt maximiert den Reichtum – und er vermehrt die Armut

Armut, vor allem die Armut von Kindern, ist eine besonders hässliche Verletzung des Sozialstaats- und Demokratiegebots und der Verpflichtung „aller staatlichen Gewalt“, „die Würde des Menschen“ „zu achten und zu schützen“ (Art. 1 GG).

Nur bei oberflächlicher Betrachtung hat Armut viele Ursachen, nur sehr oberflächlich gesehen hat Armut vor allem individuelle Ursachen.

Vieles deutet daraufhin, dass Armut gemacht ist und gewollt.

„Ich meine, dass das Gesetz von Angebot und Nachfrage grundsätzlich wirksam wird. Wenn zum Beispiel eine Nachfrage nach armen Leuten besteht, wird das Angebot steigen, um die Nachfrage zu bedienen.“ (Milton Friedmann, 1912 - 2006)³⁴.

Armut ist das Spiegelbild zum Reichtum, denn Ökonomie ist ein Nullsummenspiel: Der Vorteil des einen ist der Nachteil des anderen.

³² Näheres zu dem „Global Marshall- Plan“ unter http://www.globalmarshallplan.org/index_ger.html

³³ Sinngemäß zitiert aus einem Vortrag von F.J. Radermacher bei der Attac- Konferenz „Mythos Wachstum“ Anfang Oktober 2004 in Schwerte bei Dortmund

³⁴ zitiert nach Horst Kurnitzky, Die unzivilisierte Zivilisation, Campus-Verlag 2002

Armut sorgt für überproportionalen Konsumausfall und induziert so volkswirtschaftliche Nachfragerücken. Dies hat J. M. Keynes in seinem „fundamentalen psychologischen Gesetz“ beschrieben: Je geringer das Einkommen eines Haushalts, desto höher sind dessen prozentuale Konsumausgaben³⁵. Mit steigendem Einkommen wächst die Sparquote, also der Teil des Einkommens, der zur Existenzsicherung nicht unbedingt benötigt wird.

Die gesparten Vermögen sind so lange sinnvoll, wie sie von Sparkassen und Banken an (vor allem mittelständische) Unternehmen vergeben werden. Aber die Realität im heutigen neoklassischen Modell sieht anders aus: Ungeheurer Reichtum drängt in den Weltfinanzmarkt und erzwingt einerseits eine Privatisierungsbereitschaft der Daseinsvorsorge der Staaten (Infrastruktur, Bildung, etc.). Der ehemalige sachzielorientierte Staatssektor wird umfunktioniert zur Anlagemöglichkeit. Zugleich erzeugt der entstandene Reichtum ausreichend Druck „Finanzprodukte“ zu kreieren.

Politik und Wirtschaft blieben gegenüber den Warnungen vor den Folgen der Verschärfung der gesellschaftlichen Kluft beratungsresistent. Dabei kamen sie aus allen Bereichen, ob politisch „links“ oder „rechts“, ob aus Gewerkschaften, Kirchen, Sozialverbänden oder Bürgerinitiativen wie attac.

Der Lutherische Weltbund (LWB) sei als eines von hunderten von Beispielen angeführt. Er beteiligte sich an einem „Ökumenischen Bekenntnisprozess“. Dieser wurde 1995 von den afrikanischen reformierten Kirchen angestoßen. Im Mai 2001 verbreitete der LWB ein Arbeitspapier, in dem die „neoliberale“³⁶ Doktrin als „Götzendienst“ beschrieben wird³⁷. Die Vollversammlung des Lutherischen Weltbunds beschloss 2003 nach Diskussion in hunderten von Initiativen und Mitgliedskirchen:

„In unseren vielfältigen Lebenssituationen sind wir alle mit denselben negativen Konsequenzen neoliberaler Wirtschaftspolitik (dem sog. „Washington Consensus“) konfrontiert, die zu wachsender Not, vermehrtem Leid und größerem Unrecht in unseren Gemeinschaften führen. Als Communio müssen wir der falschen Ideologie der neoliberalen wirtschaftlichen Globalisierung so begegnen, dass wir dieser Realität und ihren Auswirkungen Widerstand entgegensetzen, sie grundlegend umwandeln und verändern. Diese falsche Ideologie gründet auf der Annahme, dass der auf Privateigentum, ungezügelter Wettbewerb und der unabänderlichen Geltung von Verträgen aufgebaute Markt das absolute Gesetz ist, das das menschliche Leben, die Gesellschaft und die Umwelt beherrscht. Hier handelt es sich um Götzendienst. Er führt dazu, dass die, die kein Eigentum besitzen, systematisch ausgeschlossen werden, die kulturelle Vielfalt zerstört wird, instabile Demokratien demontiert werden und die Erde verwüstet wird.“³⁸

Wiederum nur angedeutet werden können die vielen Nebenwirkungen von Armut und der sich immer massiver öffnenden Schere von Gewinnern und VerliererInnen: steigende Kriminalität, Anstieg des Gewaltpegels, Aushöhlung der Erziehungskraft von Familien, Stärkung rechtsextremistischer Kräfte, Anstieg der öffentlichen Armut, demografische Verwerfungen, weil in der Mittelschicht die materielle Basis der Erfüllung des Kinderwunsches wegbricht, ...

John Gray, der ehemalige Chefökonom von Maggy Thatcher zeigt in seinem Buch „Die falsche Verheißung“³⁹ die Folgen einer Ideologie, die er einst selbst in politische Wirklichkeit umsetzte.
Zitate:

³⁵ Haushalte können aus volkswirtschaftlicher Sicht nur konsumieren (c) oder sparen (s) – mathematisch ausgedrückt: $c + s = Y$ (mit Y = gesamtes Einkommen eines Haushalts); bei steigendem Y steigt s überproportional.

³⁶ in diesem Text wird versucht, den Begriff des „Neoliberalismus“ zu vermeiden, da der Begriff des „Neoliberalismus“ in den verschiedenen historischen Epochen unterschiedlich gefüllt wurde

³⁷ <http://www.lutheranworld.org/Arbeitsfelder/Ats/GlobalisierungDe.pdf>

³⁸ ZEHNTE VOLLVERSAMMLUNG DES LUTHERISCHEN WELTBUNDES, Winnipeg/Kanada 21. – 31. Juli 2003, von der Vollversammlung angenommene Botschaft

³⁹ John Gray, Die falsche Verheißung, London 1998 (Originalausgabe Englisch), Berlin 1999 (Lizenzausgabe Deutsch)

- „In einer Zeit, in der die Weltökonomie die wirtschaftliche Sicherheit eines Großteils der Menschheit gefährdet, ja untergräbt, kann der freie Markt nicht überdauern. Die Herrschaft des Laissez- faire ruft mit Sicherheit Gegenbewegungen auf den Plan, die versuchen werden, die neuen Zwänge abzuschütteln. Solche Bewegungen, seien sie populistisch oder rassistisch, fundamentalistisch oder neokommunistisch werden nur wenige ihrer selbstgesteckten Ziele erreichen. Doch die brüchigen Strukturen, die das globale Laissez-faire tragen, können sie ohne weiteres zerstören“ (Seite 33)
- „Der Prozentsatz der inhaftierten Bevölkerung ist in Großbritannien deutlich höher als in irgendeinem anderen EU- Land – wenn auch noch viel niedriger als in den USA -, und er wächst schnell. 1995 gab es fünfzigtausend Häftlinge in England, beinahe ein Drittel mehr als 1992“ (Seite 46)
- „Dass sich der Thatcherismus als politisches Projekt selbst das Wasser abgegraben hat, liegt an seinen unbeabsichtigten gesellschaftlichen Folgen. Eine Wirtschaftspolitik, die ganze Industriezweige und Nachbarschaften hinwegfegt, ermutigt auch Wähler, ihre angestammten Positionen zu verlassen“ (S 47)
- Selbst wenn der freie Markt als solcher stabil gehalten werden könnte, wird er auf Institutionen, die den sozialen Zusammenhalt gewährleisten sollen, zerstörerischen Einfluss haben. Keine Gesellschaft die sich für den freien Markt entscheidet, kann dies verhindern.“ (S 52)
- „In Neuseeland wie in Großbritannien belegt das rasche Entstehen einer Unterschicht auf mustergültige Weise, dass der neoliberale Staat Armut schafft“ (S62)
- ...

7. Da die „Finanzkrise“ eine moralische Krise ist, ist verstärkt zu fragen, wie die christlich-humanitären Werte wieder stärker in der Gesellschaft verankert werden können.

Grundlage (und –frage) der sozialen Marktwirtschaft ist, wie die christlich-humanitären Grundwerte verwirklicht werden können. Hierbei stehen nicht die Unterschiede zwischen den Kirchen und Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften und den humanitären Verbänden im Vordergrund, sondern ihre gemeinsamen Wertüberzeugen und Menschenbilder.

Zugleich muss die Wechselwirkung von individuellen Werthaltungen und dem gesellschaftlichen Rahmen wieder in den Fokus rücken.

Diese Frage war schon für viele Widerstandsgruppen gegen Hitler von Bedeutung. Stellvertretend für sie soll hier die Denkschrift des Freiburger Bonhoeffer- Kreises erwähnt werden⁴⁰.

Nach einer Begegnung mit Dietrich Bonhoeffer stellten sich die Freiburger Professoren der Aufgabe, die „Grundlagen der Sozial-Wirtschaftsethik“ einer Nachkriegswirtschaftsordnung christlich zu begründen. Sie waren der Auffassung, dass „die Gebote des Herrn sich nicht nur an den einzelnen Menschen richten“ (...) sondern dass diese auch für Gemeinschaften gelten. Und sie fragten, wie eine Wirtschaftsordnung darauf angelegt werden kann, dass die Erfüllung der Gebote nicht beeinträchtigt wird.

8. Die Wirtschaftsverfassung des Grundgesetzes ist im Blick auf eine Regulierung der freien Marktwirtschaft keineswegs neutral.

Nach 60 Jahren Grundgesetz und den entsprechenden Feiern dazu sollte die Sozial- und Wirtschaftsverfassung öffentlich diskutiert werden. Insbesondere fordert das Grundgesetz:

⁴⁰ zitiert nach „Die protestantischen Wurzeln der sozialen Marktwirtschaft“ Ein Quellenband. Gütersloh 1994. Dort: In der Stunde Null. Die Denkschrift des Freiburger Bonhoeffer- Kreises (1943)

- In Art. 1, die „Würde des Menschen (...) zu achten und zu schützen“. „Das deutsche Volk bekennt sich darum zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten ...“. Artikel 1 ist mit der Ewigkeitsgarantie des Artikel 79, III versehen und mit dem Widerstandsrecht für alle Deutschen des Art. 20 IV abgesichert.
Fraglich ist aber, welcher Begriff von „Menschenwürde“ leitend ist, wenn er so gedehnt wird, dass mit ihm zunehmende Armut, Perspektivlosigkeit, Arbeitslosigkeit oder prekäre Arbeit ... vereinbar sind.
- In Art. 2, die Begrenzung der persönlichen Freiheit durch Gesetze („verfassungsmäßige Ordnung“) und durch das „Sittengesetz“⁴¹.
Fraglich ist aber, wie dieses Sittengesetz vom Staat gegenüber allen, also auch den global agierenden Finanzkonzernen, eingefordert wird und ob die „Grundfreiheit des ungehinderten Kapitalverkehrs“ dieses Sittengesetz nicht von vornherein unterminiert.
- In Art. 6, den Schutz der Familie.
Fraglich ist aber, ob die Erziehungsaufgabe der Eltern priorisiert wird, oder nicht eher die Verpflichtung beider Elternteile einer Arbeit nachzukommen.
- In Art. 9, die Garantie, Gewerkschaften zu gründen („Koalitionsfreiheit“).
Fraglich ist aber, ob der jahrzehntelange Druck der Eliten aus Politik, Wirtschaft und Medien auf den Gedanken der „Mitbestimmung“ und „die Gewerkschaften“ nicht einer Aushöhlung dieser Koalitionsfreiheit bedenklich nahe kam oder schon überschritten ist.
- In Art. 12, das Verbot von Zwangsarbeit.
Fraglich ist aber, ob das Prinzip des „Fordern und Fördern“ in seiner Variante der „1-Euro-Jobs“ nicht faktisch doch Zwangsarbeit ist und neben dem menschlichen Unrecht zugleich Normalarbeitsverhältnisse unterminiert.
- In Art. 14, der Gewährleistung des Eigentums Grenzen zu setzen und es der Allgemeinheit dienlich zu machen.
Fraglich ist, ob diese „Grenzen“ in den vergangenen Jahren nicht in die Unendlichkeit verschoben wurden.
- In Art. 14 III und 15, die Sozialisierung von Eigentum, Grund, Boden und Produktionsmitteln, wenn die Interessen der Allgemeinheit vorsätzlich und dauerhaft verletzt und andere Leitsätze des Grundgesetz (z.B. Menschenwürde, Sittengesetz ...) nicht anders verwirklicht sind⁴².
Fraglich ist aber, ob die „Möglichkeit der Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit“ nicht in das Gegenteil der „Übernahme von Schulden durch die Allgemeinheit zum Wohle der Eigentümer“ umgekehrt wurde.
- In Art. 20 I, einen „demokratischen und sozialen Bundesstaat“ der durch die Ewigkeitsgarantie des Artikel 79 III und durch das „Widerstandsrecht für alle Deutschen“ (Art. 20 IV) verbürgt ist.
Fraglich ist aber, welcher Demokratiebegriff leitend ist und wie tief die soziale Absicherung noch sinken darf, um „sozialstaatlich“ genannt zu werden.
- In Art. 109 II, dass „Bund und Länder“ den „Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen“ und also auch außenwirtschaftliches Gleichgewicht anstreben.
Die vergangenen Bundesregierungen strebten in keiner Weise ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht an.

9. Die Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise liegen nicht allein in den USA und ihrer Immobilienblase. In erster Linie sind sie nicht auf individuelles Fehlverhalten von Bankern rückführbar. Es handelt sich vielmehr um eine moralische Krise der klassisch-neoklassischen Schule, die über „Globalisierungsprozesse“ ihre Logik durchsetzen und Staaten samt ihren Regelwerken entsprechend transformieren konnte.

⁴¹ ganz im Sinne des kategorischer Imperativs, der in allen Weltreligionen bekannten „goldene Regel“ des „Alles, was ihr nun wollt, dass Euch die anderen tun, das tut ihnen auch“ (Matth. 7,12) entspricht

⁴² dies ergibt sich aus dem Umkehrschluss der beiden Artikel, die ansonsten die Enteignung begrenzen und nur zum Wohle der Allgemeinheit zulassen.

Freihandelslogik und Marktradikalismus wurden über die Welthandelsorganisation (WTO) und besonders ihren Schiedsgerichtshof, aber auch den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Weltbank weltweit vorangetrieben.

Besonders die Europäische Union hat mit der Einführung eines „Grundrechts auf Kapitalverkehrsfreiheit“ einen Zwang auf die Nationalstaaten bezweckt, der vielfache nationale Deregulierungsmaßnahmen nach sich zog.

Der Koalitionsvertrag der Großen Koalition der 16. Legislaturperiode (2005 bis 2009) führt im Kapitel 3, Finanzmarktpolitik, aus:

„Produktinnovationen und neuen Vertriebswege müssen nachdrücklich unterstützt werden. Dazu wollen wir Rahmenbedingungen für neue Anlageklassen schaffen. Hierzu gehören:

- Die Einführung von Real Estate Investment Trusts (Reits)
- Der Ausbau des Verbriefungsmarktes ...
- Die Erweiterung der Investitions- und Anlagemöglichkeiten für Public- Private- Partnerships,
- Die Überarbeitung der Regelungen für den Bereich Private Equity im Wege der Fortentwicklung des bestehenden Unternehmensbeteiligungsgesetzes in ein Private-Equity-Gesetz

(...)

Überflüssige Regulierungen abbauen. Dazu werden wir eine interministerielle Arbeitsgruppe einrichten, die im Dialog mit Marktteilnehmern ein „Möglichkeitpapier“ zum Bürokratieabbau im Finanzsektor vorlegen soll. Bestehende Gesetze, Verordnungen und sonstige Regulierungen sind darauf zu überprüfen, ob sie ihr Ziel kostengünstig erreichen oder noch erforderlich sind. ...“

Mit der Deregulierung der Finanzmärkte wurde ein Mechanismus ausgelöst, der den Vorrang der Politik und ihren Auftrag der Sorge für die Schwachen der Gesellschaft vollends untergrub. Doch, neben der Vielzahl an politischen MandatsträgerInnen, die subjektiv keine Alternative zur Zustimmung zu den „sozialen Grausamkeiten“ sahen, gab es genügend politisch Verantwortliche, die ihr Handeln sehr genau kalkulierten.

„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den politischen Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“ (Jean Claude Juncker, Luxemburger Premierminister, SPIEGEL 52/1999⁴³)

Ein entscheidender Schritt war der Vertrag von Lissabon (vorgelegt 2007 im Anschluss und nahezu textgleich an den gescheiterten „Vertrag über eine Verfassung für Europa“, vorgelegt 2005) zur Weiterentwicklung der europäischen Integration. Er bekräftigt diese Kapitalverkehrsfreiheit und ist zudem vom Geist der Liberalisierung – Deregulierung – Privatisierung durchzogen, aber wenig von dem Gedanken des Primats der Politik in den Bereichen Soziales, Bildung, Umwelt, Kultur ... (sehr wohl gelten soll das Primat der Politik im Bereich der militärischen Aufgaben).

10. Derzeit ist offen, wie sich die „Finanzkrise“ weiter entwickeln wird.
Falls keine Rückkehr zu den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft eingeleitet wird, ist eine nächste und größere Krise absehbar.

Das, heute wieder, aktuelle Kernproblem formulierte einst J.M. Keynes:

“The problem lies not in the new ideas but in leaving the old ones.”

⁴³ Siehe auch: http://de.wikipedia.org/wiki/Jean-Claude_Juncker

Es gibt umfassende und durchgerechnete Konzepte und viele Einzelvorschläge, für eine sozial- ökologische Marktwirtschaft⁴⁴ – aber es gibt darüber keine öffentliche Diskussion, die zu fordern wäre. Vielmehr erleben wir, dass die Eliten in Politik, Wirtschaft und Medien die gescheiterten Lehrsätze der Neoklassik – sie wurden oben, in These 1, angedeutet- ohne merkliche Selbstzweifel weiter verfolgen.

Besonders der Glaube, man müsse eine neue „Sparpolitik“ auflegen und insbesondere im Sozialsektor oder bei den GeringverdienerInnen jene Gelder einsparen, die für die Banken- und Konzernrettungen „unausweichlich“ waren, ist ein Irrtum der die nächste – weitaus größere - Krise vorbereitet. Er ist mit dem Konzept der sozialen Marktwirtschaft unvereinbar.

Vielen ist es unverständlich, warum –trotz ihrer offenbaren Fehlanalysen- eine breite Öffentlichkeit dem Glauben anhängt, die „freie Marktwirtschaft“ und mehr „Freiheit“ für die Starken auf freien Märkten seien ein wirksames Mittel gegen das Fieber der Arbeitslosigkeit. Und je offenkundiger sich der Marktradikalismus als Problem und nicht als Lösung offenbart, umso flammender preisen Politiker aller Couleur die gescheiterten Ideen. Sie fordern „Privatisierung- Liberalisierung- Deregulierung“ und „Soviel Staat wie nötig – soviel Markt, wie möglich“.

Die Sozialpsychologie erklärt, warum Ideologien, die offenkundig gescheitert sind, anschließend noch eifriger vertreten werden, mit dem Phänomen der „kognitiven Dissonanz“.

Eine Sekte in New York erwartete 1955/56, dass in den nächsten Wochen eine Atombombenexplosion die Erde verwüsten werde. „Die fest im Glauben integrierte Gemeinde mit einem hochverehrten Propheten wurde lange genug vorgewarnt und bereitete sich darauf vor, den Atomschlag zu überleben. Ähnlich wie damals Noah mit seiner Arche. Die Mitglieder der Sekte begannen unter großen finanziellen Opfern und unter strenger Geheimhaltung des Ortes damit, atombombensichere Unterstände weit außerhalb der Stadt zu errichten. Als dann der Prophet die Weisung gab, am 4. Juli die Unterstände zu beziehen, verschwand eine Gruppe von 135 Männern, Frauen und Kindern aus der Stadt und führte 42 Tage lang ein entbehrensreiches Dasein in Bunkern und Notunterkünften. Der prophezeite Vernichtungsschlag blieb aus, die Gruppe kehrte anschließend wieder in die Stadt zurück, gestärkt im Glauben und in der Treue zum Propheten. (...) Eine genaue Analyse des Verhaltens der Sekte zeigte, dass die Auflösung der dissonanten Beziehung -Atomkrieg vorhergesagt aber nicht eingetroffen- von 135 Gläubigen schon während des Aufenthalts in den Bunkern vollzogen worden war. Die kompromittierende Handlung, nämlich bombensichere Unterstände anzulegen und für einen bestimmten Zeitraum zu beziehen, war dabei schon frühzeitig uminterpretiert worden in eine Prüfung der Glaubenstreue. Als die Sekte am 16. August die Weisung des Propheten vernahm, nun in die Stadt zurückzukehren, da feierten sie dies als Sieg ihrer Glaubensfestigkeit: Sie gingen zurück in dem Gefühl, eine Prüfung bestanden zu haben. In dieser Uminterpretation (...) gelang die Auflösung der Dissonanz ...“⁴⁵

„Die Finanzkrise sei nicht vorhersehbar“ gewesen, hören wir von den Eliten aus Politik, Wirtschaft und Medien. Aber heute gibt es unzählig viele Warnungen vor einem Weiterbeschreiten des verhängnisvollen Weges.

Beispiele:

⁴⁴ Die vorliegenden Konzepte für eine neue Weltwirtschaftsordnung können hier nur sehr knapp angedeutet (einzelne Vorschläge wie „Tobin- Steuer“, „bedingungsloses Grundeinkommen“, „Möglichkeiten für eine gerechte Geldanlage“ etc, müssen hier völlig außer acht gelassen werden). Zu nennen sind:

- Der „Global Marshall Plan“ (<http://www.globalmarshallplan.org>)
- Eine Neubesinnung auf den Keynesianismus mit der Weltwährung „Bancor“ (oder wie immer man sie dann nennen möge) und dem damit verbundenen „sanften Druck“ auf die Nationalstaaten, in ihren Volkswirtschaften zugleich außenwirtschaftliches Gleichgewicht, Wachstum, Geldwertstabilität und hohes Beschäftigungsniveau durch anzustreben. Ausführungen finden sich z.B. unter: http://www.postwachstumsoekonomie.org/Keynes-Bancor_Version2.pdf
- Eine Umgestaltung der Wirtschaft nach den Überlegungen von Silvio Gsell (www.geldreform.de). Dabei ist Grund und Boden nicht vererbbar und Geld wird mit einer „Geldhaltungsgebühr“ versehen, die den Inhaber anreizt, es möglichst schnell in den Wirtschaftskreislauf zurück zu schicken

⁴⁵ entnommen: Vorlesungsmanuskript Peter Wellhöfer, Psychologie für Sozialarbeiter, 1974, Seite 183 f

Für den Chef der GLS- Bank, Thomas Jorberg, steht fest: „Der nächste Crash kommt bestimmt“⁴⁶:

„... Die Probleme für das Finanzsystem sind beim rein abstrakten Geschäft entstanden, dort, wo Geld mit Geld gemacht wird. Dort, wo nur Spekulation eine Rolle spielt, bei Hedgefonds, Leerverkäufen oder Kreditverbriefungen, die international gehandelt werden. Auf dem Gipfel der Krise hat der Staat zum Beispiel Leerverkäufe verboten. Jetzt sind sie wieder erlaubt. Es müsste mehr Regeln bis hin zu Verboten geben, sonst kann man das System nicht stabilisieren. ...

.... Geschäfte die eindeutig nicht der Realwirtschaft dienen, aber enorme Schäden anrichten können, sollte man tatsächlich verbieten. ...

Wir brauchen eine breite Diskussion darüber, welche Existenzberechtigung der Finanzmarkt überhaupt hat. Für mich hat er nur er nur eine einzige und das ist die Versorgung von Unternehmen, Privatpersonen und Staat mit Geld ...

Immer weniger Hoffnung hat auch der Chef der ING-DiBa:

Auszug aus einem Interview mit dem Vorstandschef der ING-DiBa Ben Tellings⁴⁷:

Erleben einfache, leicht verständliche Bank –Produkte eine Renaissance?

Telling: Ja. Die Kunden brauchen keine exotischen Papiere. Sie wollen transparente und faire Produkte, bei denen sie ruhig schlafen können. Und Banken brauchen nicht jedes Jahr ein außergewöhnliches Wachstum und eine Rendite von 25 Prozent. Das kann nicht nachhaltig sein. Wenn Banken an dieser Praxis festhalten, haben wir in ein paar Jahren die nächste Krise.

Das Ansehen der Banker in der Öffentlichkeit dürfte im letzten Jahr deutlich gelitten haben.

Telling: Man wird als Banker heute anders gesehen – zu Recht. Wenn sich die Branche jahrelang mit Produkten beschäftigt, die kein Mensch braucht und die keinen zusätzlichen Nutzen bringen, ist das kein Wunder. Das muss irgendwann schief gehen. Ich arbeite seit 24 Jahren in der Branche. Es ist immer schlimmer geworden.

Bewirkt die Krise ein Umdenken?

Telling: Am Anfang der Krise hatte ich Hoffnung. Aber sie schwindet. Gerade hat ein Vorstand einer großen deutschen Bank gesagt er hoffe, dass das Kurzzeitgedächtnis der Deutschen gut funktioniere. Der Kunde soll schnell vergessen, damit man ihm wieder unsinnige Produkte andrehen kann. Es ist unglaublich.

Schlussbemerkung – Das Gedächtnis der Gesellschaft

... „Der Kunde soll schnell vergessen ...“, entsetzt sich also der Chef der ING-DiBa. Zu Recht. Und wirft damit die Frage auf: „Wie lange merkt sich eine menschliche Gesellschaft größere Vorfälle?“

Der Goldfisch, der Tage-, Wochen- und Monatelang immer im Kreis schwimmt, bedarf unseres Mitleids nicht. Ein gnädiges Kurzzeitgedächtnis von Bruchteilen einer Sekunde beschert ihm dauernd „neue“ Ausblicke.

Das Gedächtnis der Stubenfliege ist noch kürzer – es wirkt sich diesmal aber sehr schmerzhaft aus. Denn sie brummt an die Fensterscheibe, vergisst aber sofort die Ursache und nimmt neuen Anlauf auf das gläserne Hindernis.

Wie lange merkt sich das Gedächtnis der Gesellschaft schwerwiegendere Vorkommnisse?

„Zwei bis drei Generationen“, schätzten die Marktradikalen bei einer internationalen Konferenz, im August 1938 in Paris. In der Folge des Schwarzen Freitags vom 25. Oktober 1929 waren sie zusammengekommen, um strategische Netzwerke, um Thinktanks und Zirkel zu gründen, um Utopien und Visionen zu entwickeln – mit dem einzigen Ziel, der offenkundig gescheiterten wirtschaftsliberalen Idee zur Wiederauferstehung zu verhelfen.

„Die Geschichte ist der beste Lehrer – doch leider hat sie sehr wenige Schüler“

Hans Schlicht/20.04.2010

⁴⁶ Publik – Forum Nr. 14/2009, Seite 14 f

⁴⁷ „Finanzprodukte, die kein Mensch braucht“ – ING-Diba - Chef Ben Tellings fordert einfache Anlageformen und ein Umdenken in der Branche' – Nürnberger Nachrichten vom 23. September 2009, Seite 21